

## Wehrpflicht abschaffen!

5

Wir sprechen uns für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einrichtung einer Freiwilligenarmee in der Bundesrepublik Deutschland aus.

10

Wir sehen in dem staatlichen Zwang, einen allgemeinen Grundwehrdienst absolvieren zu müssen, einen ungerechtfertigten Eingriff in die individuellen menschlichen Freiheitsrechte.

15

Gesellschaftliche Solidarität lässt sich nicht durch Gesetze erzwingen, sondern beruht auf der individuellen menschlichen Erkenntnis, über Rechtsverpflichtungen hinweg für einander einzustehen und somit zu einer besseren Gesellschaft beizutragen.

Längst gibt es keine Wehrgerechtigkeit mehr, wenn nur ein kleiner Teil aller jungen Männer eines Jahrgangs zum Grundwehrdienst oder Zivildienst herangezogen wird.

20

Eine Gesellschaft gibt ein deutliches Signal ihres Friedenswillens, wenn sie ihren Bürgern keine Pflicht zum Waffendienst mehr auferlegt. Deshalb wollen wir im Gegenzug das Angebot des Freiwilligen Sozialen, Kulturellen, Sportlichen und Ökologischen Jahres wesentlich erweitern und attraktiver gestalten.

25

### Begründung:

30

Wir sehen in dem staatlichen Zwang, einen allgemeinen Grundwehrdienst absolvieren zu müssen, einen völlig ungerechtfertigten Eingriff in die individuellen menschlichen Freiheitsrechte.

35

Gesellschaftliche Solidarität lässt sich nicht durch Gesetze erzwingen, sondern beruht auf der individuellen menschlichen Erkenntnis, über Rechtsverpflichtungen hinweg für einander einzustehen und somit zu einer besseren Gesellschaft beizutragen.

40

Die allgemeine Wehrpflicht wurde 1955 in den Zeiten des Kalten Krieges zur Abwehr eines konventionellen Angriffs eingeführt. Dies ist in unserer Zeit ausgeschlossen, weil zwischen der Bundesrepublik und ihren Nachbarn heute Bündnis- beziehungsweise Freundschaftsverträge bestehen. Deswegen ist der konventionelle Verteidigungsfall heute ausgeschlossen und die allgemeine Wehrpflicht hat somit ihre Daseinsberechtigung verloren.

45

Heute und in Zukunft müssen neue Modelle der Konfliktbearbeitung entwickelt und umgesetzt werden. Dabei müssen Einrichtungen wie beispielsweise der zivile Friedensdienst als Konfliktprävention entschieden gefördert werden. Darin sehen wir die Rolle der Bundeswehr in Form einer Berufsarmee. Selbstverständlich muss diese Berufsarmee unter demokratischer Kontrolle stehen und darf sich nicht wie im

50

Zeitalter der Weimarer Republik zu einem „Staat im Staat“ entwickeln. Die

5 Berufssoldaten müssen deshalb regelmäßig an Seminaren zur politischen Bildung teilnehmen und sind auf ihre positive Einstellung zur Demokratie des Grundgesetzes und zum gesellschaftlichen Pluralismus zu prüfen. Söldner darf die Bundeswehr nicht einsetzen. Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass nur bildungsferne Schichten in einer Berufsarmee dienen, muss die zukünftige Berufsarmee für alle gesellschaftlichen Schichten u.a. durch Bildungseinrichtungen und berufliche Weiterbildung attraktiv sein.

10 Durch den zivilen Ersatzdienst von Kriegsdienstverweigerern in sozialen Institutionen betrachten wir auf Grund der wirtschaftlichen Situation als nicht sinnvoll, da Zivildienstleistende gerade Dienste verrichten, für die keine besondere Qualifizierung notwendig ist.

15 Gerade die aktuellen Arbeitsmarktreformen bieten arbeitslosen Menschen die Möglichkeit, sich durch Arbeit in sozialen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Organisationen einen geringen Betrag hinzu zu verdienen und auf diese Weise wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. Dies darf nicht durch den mit der allgemeinen Wehrpflicht verbundenen zivilen Ersatzdienst eingeschränkt werden.

20 Unserer Meinung nach ist die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gewährleistet, da schon im Jahr 2001 nur ein Drittel aller jungen Männer eines Jahrganges zur Bundeswehr beziehungsweise zum zivilen Ersatzdienst einberufen worden sind. Seit dem Jahr 2003 sinkt der Anteil rapide weiter. Es ist im Rahmen der Gerechtigkeit weder gerecht noch gerechtfertigt, nur einen so geringen Anteil junger Menschen zu staatlichen Zwangsdiensten abzuordnen.

30 Natürlich muss jungen Menschen in unserer Zeit die Möglichkeit geboten werden, ein freiwilliges soziales Jahr zu absolvieren. Das bestehende Angebot muss daher mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der sozialen Institutionen erweitert und attraktiver gestaltet werden.

35

40

45

50

